

Vor 75 Jahren:

„... die Ehre nicht“

Siegfried Heimann: Otto Wels und das Nein der SPD zum Ermächtigungsgesetz (Teil 1)

Am 23. März jährt sich zum 75. Mal der Jahrestag der berühmten Rede von Otto Wels, 1933 Fraktionsvorsitzender der SPD im Reichstag, mit der er das Nein der Sozialdemokraten zum Ermächtigungsgesetz der Nazis begründete. „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“, so Wels. In dieser und der kommenden Ausgabe veröffentlichen wir dazu einen Beitrag von Siegfried Heimann, Vorsitzender der Historischen Kommission der Berliner SPD.

Am 15. September 1973 erinnerte Willy Brandt am hundertsten Geburtstag von Otto Wels an diesen wenig bekannten und dennoch großen Sozialdemokraten - in der Veröffentlichung dieser Rede stellte Brandt ihn in eine Reihe seiner Texte über Bebel, Marx und Engels. Willy Brandt wies in seinem Gedenken an Wels darauf hin, dass damit zugleich auch an „die Erfolge und Niederlagen, die Schwächen und die Stärken, die Auseinandersetzungen ...und die Leistungen der SPD“ erinnert wird. Und in der Tat: über Otto Wels reden, heißt nicht, eine Erfolgsgeschichte zu erzählen.

Otto Wels wurde 1873 in Berlin geboren. Seine Familie väterlicherseits stammte allerdings aus Groß-Briesen im Landkreis Zauch-Belzig. Seinen ersten politischen Erfolg als Sozialdemokrat erzielte der Berliner Gastwirtssohn und gelernte Tapezierer in Brandenburg: 1912 wählten ihn die Anhänger der SPD im Wahlkreis Kalau-Luckau im Regierungsbezirk Frankfurt in der Stichwahl mit 15 600 Stimmen gegen 14 700 zum ersten Mal in den Reichstag.

Seine politische Karriere begann schon lange vor dem ersten Weltkrieg in Berlin und war typisch für viele später führende Sozialdemokraten. Sie nahm in dem von ihm mitbegründeten Verband der Tapezierer ihren Anfang. 1902 war er bereits Berliner Vorsitzender und ab 1905 beschäftigte ihn der Verband als hauptamtlichen Gewerkschaftssekretär. Er wechselte nur die Organisation, als er 1907 zum hauptamtlichen Parteisekretär der SPD für die Provinz Brandenburg gewählt wurde. Organisieren und Agitieren, Mitgliederwerbung und -betreuung waren zunächst weiterhin seine wichtigsten Aufgaben. Diese hielten ihn allerdings nicht davon ab, in den Querelen der Vorkriegssozialdemokratischen Partei zu ergreifen. Er galt zunächst als Linker, später mal als Zentrist, mal gar als Rechter. Kennzeichnend aber war für seine Position in der SPD, dass er die Partei zusammenhalten wollte gegen alle Tendenzen, nach links



Otto Wels 1932.

Foto: BS-Archiv

oder nach rechts auszufasern. Die Schlagkraft einer einheitlich handelnden Partei bedeutete ihm viel.

Seine große Zeit begann nach dem Ende des 1. Weltkrieges. Er war nicht kriegsbegeistert und gehörte nicht zu den Hurra-Patrioten, die es auch in den Reihen der SPD gab, aber er blieb stets ein führendes Mitglied der Mehrheitssozialdemokratie - seit 1913 schon Beisitzer im SPD-Parteivorstand - und ein scharfer Kritiker der sich abspaltenden Unabhängigen und noch mehr der Spartakusgruppe. 1917 wurde Wels zusammen mit Eugen Ernst zum Vorsitzenden der nach der Spaltung neu gegründeten SPD-Bezirksorganisation Groß-Berlin gewählt, nachdem er bis dahin die Bezirksorganisation Brandenburg geleitet hatte.

EINE DEMOKRATIE MUSS SICH WEHREN KÖNNEN

In dieser Eigenschaft rief Wels am 9. November 1918 im Namen der Mehrheitssozialdemokratie zum Generalstreik auf. Die aktivistische Sprache seines Aufrufs war bemerkenswert: Mit den Worten: „Die Würfel sind gefallen! Geredet wird nicht mehr! Heraus aus den Betrieben, auf die Straßen! ... Komme was kommen mag, jetzt heißt es vorwärts, durch Kampf zum Sieg“ stellte er sich und damit zugleich auch die zögerliche Mehrheitssozialdemokratie gleich mit an die Spitze der revolutionären Bewegung in Berlin. Einen Tag später war Wels bereits Stadtkommandant von Berlin kraft revolutionären Rechts und versuchte, eine republikanische Schutztruppe für die Tags zuvor von Scheidemann ausgerufenen demokratischen Republik auf die Beine zu stellen. Seine dabei gemachten guten, noch mehr aber schlechten Erfahrungen machten ihm eines vor allem deutlich: Auch eine

Demokratie muss sich wehren und muss sich wehren können.

Auf dem Parteitag im Juni 1919 in Weimar wurde Otto Wels (neben Hermann Müller, dem späteren Reichskanzler) zum Vorsitzenden der SPD gewählt. Er blieb es bis zu seinem Tode am 15. September 1939, mehr als zwanzig Jahre also.

Otto Wels war wiederum für die Führung und Organisation der Partei zuständig, dennoch besaß er nach einhelliger Meinung aller anderen Mitglieder des Parteivorstandes, die sich später dazu äußerten, auch in allen anderen Fragen eine große Autorität. Sie beruhte, wie sein Biograph Hans Adolph schrieb, „auf der Ausstrahlungskraft seiner Persönlichkeit, der souveränen Beherrschung der Organisation und seiner politischen Klugheit“. Diese Eigenschaften konnte er auch als Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstages gut gebrauchen, wo er von Anfang an bis 1933 Mitglied im drei- bzw. vierköpfigen Fraktionsvorstand war. Und dazu kam sein persönlicher Mut und seine Zivilcourage, freilich auch eine bemerkenswerte große Wertschätzung der Partearbeit und eine Geringschätzung der auf lange Sicht angelegten programmatischen Diskussion.

In einer Rede vor der Nationalversammlung am 30. März 1920 - also kurz nach dem erkennbaren Scheitern des Kapp-Putsches - bekannte sich Otto Wels sehr kämpferisch zu dem aktiven Eintreten der Sozialdemokratie für die Republik und für die Demokratie während des Putsches. Er sagte: „Ich erkläre, dass ich stolz darauf bin, dass meine Partei es gewesen ist, die noch in der frühesten Morgenstunde, zu derselben Zeit, als an der Siegestsäule die hochverräterischen Offiziere die Kapitulation der Regierung erwarteten, die Anweisung zum Generalstreik und zum Zusammengehen mit allen Arbeitern und bürgerlichen Parteien gegeben hat“. Und er machte auch klar, dass selbst der Generalstreik noch nicht das letzte Mittel sei, um einen Putsch von rechts (das gelte im übrigen, wie er ergänzte, auch für einen Putsch von links) abzuwehren: „Wir lassen den feudalen Hochverrättern keinen Zweifel darüber: ein nochmaliger Versuch, mit Hilfe von ein paar missbrauchten militärischen Formationen Deutschland zum Kriegsschauplatz zu machen, würde die deutsche Arbeiterschaft nicht nur mit den unblutigen Waffen des Generalstreiks, sondern ebenso gerüstet wie die gewissenlosen Angreifer auf dem Plan finden.“

Die Entschlossenheit, im Augenblick mu-

Fortsetzung von Seite 11

tig zu handeln, war - auch im Rückblick bleibt dieser Eindruck - nicht deutlicher zu formulieren. Aber in der gleichen Rede begründete Otto Wels auch in merkwürdig schwammigen Formulierungen, warum er, warum die Sozialdemokratie nach dem überfälligen Rücktritt des - zurückhaltend formuliert - blauäugigen Reichswehrministers Noske dieses Ministeramt nicht erneut übernahm. Gerade wenn es richtig war, dass eine demokratische Republik auch entschlossen gegen alle Angriffe verteidigt werden muss und wenn es ebenso richtig war - daran konnte spätestens nach dem Putsch kein Zweifel mehr sein - , dass die während der Novemberrevolution allzu schnell gerufenen militärischen Geister keinesfalls verlässliche Demokraten und Republikaner waren und auch nicht so schnell los zu werden sein würden, dann war es umso notwendiger, dieses Instrument der Verteidigung der Republik so zu verändern und umzugestalten, dass die künftige Reichswehr kein Hort der Reaktion wurde. Wir wissen heute, dass die Reichswehr trotz mancher Anstrengungen des späteren preußischen bzw. Reichsinnenministers Carl Severing gerade ein solcher Hort der Reaktion blieb. Die Reichswehr wurde zum Staat im Staate, ein der Demokratie feindlicher Fremdkörper in der Republik, nur zu gern bereit, pseudolegale Umsturzpläne von rechts wie den vom 20. Juli 1932 in Preußen mitzumachen.

Warum aber auf der einen Seite entschlossene mutige Worte und auch entschlossenes Handeln im richtigen Moment und auf der anderen Seite das merkwürdige Zögern, die geringe Bereitschaft, dieses Handeln auch langfristig politisch abzusichern. Festgehalten muß werden, dass diese Inkonsequenz im politischen Handeln - und Otto Wels steht hier für die Weimarer Sozialdemokratie überhaupt - sich verhängnisvoll auswirkte, wie sich spätestens zu Beginn der dreißiger Jahre zeigen sollte. Die SPD regierte im Reich nur selten, stets aber war sie neben der Zentrums- und der immer kleiner werdenden Demokraten-Partei die einzige politische Partei, die sich zu dieser Weimarer Republik trotz all ihrer Gebrechen bekannte.

Dennoch muss spätestens seit Beginn der 30er Jahre auch von Versäumnissen der Sozialdemokratie gesprochen werden. Seit 1931/32 war deutlich erkennbar, dass der bürgerliche Partner der SPD die Fronten zu wechseln begann und schließlich gewechselt hat. Die SPD aber zog daraus keine Konsequenzen. Im Gegenteil: die Parteiführung verharrte in einem „Immobilismus“, in einer Politik des untätigen Abwartens, die viele ihrer Mitglieder - etwa am 20. Juli 1932 in Preußen - fast zur Verzweiflung brachte. Große Teile des linken Flügels hatten schon vorher diese Politik des Abwar-

tens nicht mehr mit machen wollen und die SAPD gegründet - die Partei des jungen Willy Brandts also -, freilich ohne großen Erfolg. Aber auch Teile der jüngeren Parteirechten kritisierten diesen Immobilismus. Diese Gruppe von später sogenannten militanten Reformsozialisten um Julius Leber, Theodor Haubach und auch Kurt Schumacher gingen mit ihrer Kritik mit der Partei und ihrer Führung noch radikaler ins Gericht als die Parteilinke. Julius Leber schrieb - schon im Gefängnis - der deutschen Sozialdemokratie diese Kritik ins Stammbuch: „Die Partei drehte sich im Kreise ihrer eigenen Entschlossenheit. Mehr und mehr wurde alles für sie zwangsläufig ... Viele Anhänger verstanden ihre Partei nicht mehr, denn sie sahen die Schuld der Mutlosigkeit und der Halbheit nicht, sie sahen nicht das innere Versagen der Parteiführung in den letzten Jahren. Die Parteiführung aber stand verzweifelt vor dem heraufziehenden Gewittersturm des Faschismus, dem sie zuletzt nichts mehr entgegenzusetzen hatte als den geschwächten Glauben ihrer Kerntruppen und die vage Hoffnung auf Hilfe von anderer Seite...“.

Diese Kritik war sicher nur allzu berechtigt, aber dieser hilflose Zustand der Sozialdemokratie war dennoch nicht die eigentliche Ursache für das Scheitern der Weimarer Demokratie. Die Zusammenarbeit von SPD, Zentrum und der Demokratischen Partei und partiell mit der Deutschen Volkspartei war die Basis für den Bestand der Weimarer Republik. Das waren die einzigen und zunächst starken politischen Kräfte, die sich zur Republik bekannten. Wenn diese Basis brüchig zu werden drohte oder gar zerbrach, war auch das Scheitern der Weimarer Republik programmiert.

Hier sieht denn auch Heinrich August Winker die Hauptursache für das Scheitern der Weimarer Republik: „Eine parlamentarische Demokratie konnte es nur geben, wenn die Sozialdemokratie erstens bereit war mit bürgerlichen Kräften zusammenzuarbeiten, und wenn sie zweitens hierfür im Bürgertum hinreichend starke Partner fand. Dass diese zweite Voraussetzung immer mehr dahinschwand: Darin liegt die Hauptursache für das Scheitern der ersten deutschen Republik.“ Mit anderen Worten: das deutsche Bürgertum gab ihre nie 100% vorhandene Bereitschaft auf, sich zur demokratischen Republik zu bekennen und schwenkte ins Lager konservativer, völkischer, antisemitischer, antidemokratischer und nazistischer Kräfte über. Es entzog damit der Weimarer Republik bewusst und schließlich auch ohne Zögern die Grundlage ihrer Existenz - Ausnahmen, die es natürlich gab, bestätigen nur die Regel. Wenn also von Schuld am Scheitern der Republik gesprochen werden soll, dann muss vor allem vom deutschen Bürgertum die Rede sein. **Fortsetzung nächste Ausgabe**

Neuerscheinung:**Dokumentation zum Ermächtigungsgesetz**

Es war einer der schwärzesten Momente in der Geschichte des deutschen Parlaments: Am 23. März 1933 stimmte der Reichstag über das von Reichskanzler Hitler vorgelegte „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich ab“. Im vorwärts-Verlag erscheint Ende März anlässlich des 75. Jahrestags eine Dokumentation zum Ermächtigungsgesetz, herausgegeben vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck und der Historikerin Dr. Daniela Münkel.

Mit dem Gesetz erlangte die NS-Regierung die Ermächtigung, ohne Zustimmung von Reichstag, Reichsrat und Reichspräsident Gesetze zu erlassen. Die Ausschaltung des Parlaments und die Außerkraftsetzung der Verfassung waren scheinbar legal durchgesetzt, das Ermächtigungsgesetz etablierte damit faktisch die nationalsozialistische Diktatur.

Der Reichstag war von der SA umringt, die kommunistischen Abgeordneten waren bereits verhaftet oder wurden an der Teilnahme gehindert. Nur die 94 Abgeordneten der SPD ließen sich nicht von der Drohkulisse einschüchtern und stimmten gegen ihre Selbstentmachtung. Der SPD-Vorsitzende Otto Wels begründete für seine Fraktion die Ablehnung der Gesetzesvorlage, seine Rede wurde ein eindrucksvolles Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen. Die Ehre nicht.“ - Wels' Worte waren die letzten freien Worte im Deutschen Reichstag.

Aus Anlass des 75. Jahrestages erinnert der Band an dieses Schlüsselgesetz der NS-Terrorherrschaft und seine verheerenden Folgen. Neben einem Überblick über den Beginn des NS-Regimes und den wortgetreuen Reden von Otto Wels und Adolf Hitler erläutert ein umfangreicher Anhang unter anderem das weitere Schicksal vieler SPD-Abgeordneter.

Herausgeber sind Dr. Daniela Münkel, Privatdozentin für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Seminar der Leibniz Universität Hannover mit dem Forschungsschwerpunkt Politik-, Medien- und Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, und Dr. Peter Struck, seit 2005 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. **PM** □

➔ Daniela Münkel/Peter Struck (Hg.), Das Ermächtigungsgesetz 1933, Eine Dokumentation zum 75. Jahrestag, Format: 14 x 22,4 cm, ca. 175 Seiten, Broschur, ISBN 978-3-86602-547-9, vorwärts buch € 14,95

